

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 88 848 ppbn d  
Telefax: 21 08 64

## Inhalt

Gert Weisskirchen MdB  
zum Ende der So-  
wjetunion: 75 Jahre  
gefrorene Zeit.

Seite 1

Horst Schmidbauer  
MdB zu den Anfor-  
derungen an moderne  
Pflegeeinrichtungen:  
Qualität, Humanität und  
Wirtschaftlichkeit.

Seite 2

Dokumentation  
Professor Dr. Dr. Horst-  
Eberhard Richter  
sprach mit Blick auf  
den deutschen Eini-  
gungsprozeß in Wien  
über die Notwendigkeit  
von "Erinnerungsarbeit  
und Toleranz". Wortlaut  
des zweiten Teils

Seite 5

46. Jahrgang / 242 / 19. Dezember 1991

### 75 Jahre gefrorene Zeit Zum Ende der Sowjetunion

Von Gert Weisskirchen MdB

Ohne die Kollaboration des vergehenden deutschen Kaiserreichs mit dem revolutionären Kommunismus hätte es die Sowjetunion laninscher Prägung nicht gegeben.

Eisenbahn und Post, nach deutschem Muster sollte der Sozialismus aus dem Boden gestampft werden. Sowjetmacht plus Elektrifizierung; Diktatur verkleidet in aufgeputztem Modernismus - 75 Jahre gefrorene Zeit. An ihrem Ende bescheinigt sich die Sowjetunion mit akribischer Gründlichkeit, ein wenig deutsch, ihren Abtritt von der Weltbühne - das Aus am 1. Januar 1992.

Der Vorhang, schwer geworden von Ideologie und Machtphantasien, durchtränkt von Gewalt und verlorener Hoffnung, verdeckt nichts mehr. Elend geworden der Anspruch, Utopien zu verwirklichen.

Ein Buch der Geschichte wird geschlossen. Ein Buch der Geschichte wird aufgeschlagen. Wird es erneut geschrieben mit dem Blut der Leidenden? Wird die Gewalt frei, die die Sowjetunion zusammengesprengt hat? Ist Nationalismus die einzige Antwort auf den künstlich verordneten Internationalismus?

Das Projekt des bürokratischen Kommunismus verstirbt. Seine staatliche Hülle wird begraben. Aber die Vergangenheit will nicht vergehen.

Der homo sovieticus, geboren in die Zeit des gespaltenen Bewußtseins, in der er dem übermächtigen Staat als nichtswürdiger Einzelner schon unterworfen war, bevor er ihm fast rechtlos gegenübertrat, wird er die ungeheure Anstrengung auf sich nehmen, seine eigene Geschichte in die eigene Hand zu nehmen?

Wird er nicht abstürzen auf dem Grat zwischen demokratischer und nationaler Selbstbestimmung?

Wird er Phantasie entwickeln, damit er nicht ertrinkt im Egoismus, der so verständlich wäre, sondern solidarisch mit denen gemeinsam handelt, die in der anstehenden Reform der Ökonomie unterzugehen drohen?

Der Vorhang ist gefallen. Hervor treten die neuen Gefahren. Sie können umgearbeitet werden in ein neues Projekt. Die Europäisierung dessen, was einmal die Sowjetunion war, steht an. Sie kann gelingen, wenn wir sie als eine gemeinsame Aufgabe angehen.

(-/19.12.1991/vo-he/rs)

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Vertragsgemäß  
unterstützt durch  
Kommunisten



**Qualität, Humanität und Wirtschaftlichkeit  
Zu den Anforderungen an moderne Pflegeeinrichtungen**

**Von Horst Schmidbauer MdB  
Mitglied des Gesundheitsausschusses im Deutschen Bundestag**

Der Mangel an qualifiziertem Pflegepersonal wird in den nächsten Jahren dramatisch zunehmen. 1995 wird es nur noch halb so viele Berufsanfänger geben wie heute und die Zahl der älteren Menschen steigt. Bereits im Jahre 2000 wird fast jeder vierte Bürger in Bayern über 60 Jahre alt sein.

Damit nimmt auch die Zahl der pflegebedürftigen älteren Menschen zu. Der Bedarf in der ambulanten Krankenpflege und in sonstigen Pflegeeinrichtungen wird also steigen. Die bisherige Entlastung im ambulanten Bereich wird abnehmen.

Deshalb meine Feststellung Nr. 1:

Lassen wir es nicht zu einem falschen Wettbewerb kommen, sondern setzen wir alle Kraft daran, die Attraktivität des Pflegeberufes insgesamt zu stärken.

Meine zweite Feststellung:

Lassen wir die Finger von "Personalimporten" und dem Einsatz von Hilfspersonal. Gerade mit dem Einsatz von Hilfspersonal als Ersatz für voll ausgebildetes Pflegepersonal werden wir uns von der Zielsetzung einer ganzheitlichen Pflege wegbewegen.

Die Qualität der pflegerischen Versorgung und damit auch der Leistungsstandard wird gefährdet. Über den gegenwärtigen Pflegepersonal-mangel wird viel geschrieben und diskutiert. Er wird sich weiter verschärfen. Von besonderem Interesse sind aber Ursache und Wirkung. Bei der Beurteilung hat mich eine Studie aus den USA besonders beeindruckt, in der 16 Magnet-spitäler, also solche, die Pflegepersonal anziehen und behalten können, eingehend untersucht wurden. Diese Spitäler gelten in den Vereinigten Staaten als Orte, "wo man gerne arbeitet" und als "Orte, wo man gut pflegen kann". Damit wird deutlich, daß zwischen der Treue von qualifiziertem Pflegepersonal und guter Pflegequalität ein unmittelbarer Zusammenhang besteht. In den Magnet-spitälern herrschte eine ungezwungene und unkomplizierte Atmosphäre, die geeignet war, Kommunikation, Entfaltung, Identifikation und Problemlösungen zu fördern und durch den Einsatz von spezielle Arbeitsgruppen ein aktionsorientiertes Klima zu schaffen.

Drei Faktoren waren offenbar ausschlaggebend:

1. Intensive und aktive Beteiligung der Klinikleitung
2. Außergewöhnliche Mitarbeiterorientierung und
3. Konsequente Erfolgsmessung.

Die Beziehung zum Patienten spiegelt in diesen Krankenhäusern die Beziehung zum Arbeitnehmer wider. Die Magnet-spitäler zeigten sich geradezu übereifrig um ihre Krankenschwestern und -pfleger besorgt, was offensichtlich auch von diesen anerkannt und geschätzt wurde: "Wir kümmern uns um die Patienten und der Betrieb kümmert sich um uns". Diese Fürsorglichkeit war jedoch nicht bevormundend oder herabsetzend, sondern man ging von der Binsenwahrheit aus, daß die Krankenschwestern und -pfleger die wesentliche unersetzliche Stütze einer Pflegequalität ist.

Die Erkenntnis: "Sie muß sich aufgehoben fühlen, muß gut ausgebildet, erfahren und der Aufgabe gewachsen sein" und das Ergebnis: "Indem wir mit allen Mitteln diese Bedingungen erfüllten, erzielten wir die Qualität". Nicht eine unterschiedliche Bezahlung war es, was die Magnet-spitäler von anderen unterschied, sondern die Arbeitsbedingungen.

Was folgt daraus für eine Konsequenz?

Es sind neben der Bezahlung vor allem die Arbeitsbedingungen, die entscheidend sind, ob der Pflegeberuf eine entsprechende Zukunft hat. Der zentrale Teil, der die Arbeitsbedingungen bestimmt, ist die sachgerechte Personalausstattung. Das wird besonders im internationalen Vergleich und mit den

USA deutlich. Durchschnittliche Zahl von Pflegepersonen pro belegtem Bett in den USA 2,71, Schweden 2,78, Dänemark 2,37, Kanada 1,97, Schweiz 1,59, Bundesrepublik 1,15. Wie sieht dies die Bevölkerung? Sie bestätigt die Statistik: Die neuesten Ergebnisse einer Infas-Umfrage sagen bei der Anzahl der Pflegekräfte: zu wenige 72,6 Prozent, ausreichend 12,8, reicht nicht beziehungsweise keine Angabe 14,8 Prozent. Ich denke, das ist eine deutliche Sprache. Nicht nur die Pflegenden, sondern auch die Bevölkerung spürt, wie die sogenannten "Arbeitsverdichtung" auf die Arbeitsbedingungen drücken.

Was heißt "Arbeitsverdichtung"?

1. Mit dem medizinischen und medizintechnischen Fortschritt ist die Belastung gewachsen. Die Zahl und die Komplexität der zu erbringenden Leistungen ist gewachsen.
2. Die Verweildauer ist von 20 Tagen (1965) auf 12,4 Tage (1989) gesunken. Die Folge: "Arbeitsverdichtung"
3. Die Zahl der sog. "Kurzlieger" hat bei der Verweildauerverkürzung in 9 Jahren um 81% zugenommen. Mit stärkerem Anteil an älteren Patienten.
4. Die Zahl der behandelten Krankenhauspatienten stieg von 9 Millionen (1965) auf 13,4 Millionen (1989).

Daß die Menschen in unserem Lande auch zwischen der Zahl der Pflegekräfte und der Qualität einen engen Zusammenhang sehen, wird aus dieser Infas-Umfrage ebenfalls deutlich. Nach der Qualität der Pflege gefragt, urteilten mit sehr gut 4,2 Prozent, gut 26,2 Prozent, befriedigend 34,6 Prozent und ausreichend 19,0 Prozent, mangelhaft 8,0 Prozent, ungenügend 3,8 Prozent. Damit wird deutlich, daß das Thema Arbeitsbedingungen und Pflegenotstand eng miteinander zusammenhängen. Die Folgen sind klar: Durchschnittlich alle vier Jahre verläßt eine Pflegekraft ihren Beruf. Dies ist eine gesellschaftspolitische Herausforderung, der sich alle zu stellen haben. Den Forderungen der Konzentrierten Aktion im Gesundheitswesen, die in sieben Punkten das Notwendigste zusammengefaßt hat, kann man nur zustimmen.

1. Der Pflegeberuf bedarf einer attraktiven Tarifstruktur, um in Bezug auf Einkommen und Aufstiegschancen mit Berufen der Wirtschaft konkurrieren zu können;
2. Die Schaffung weiterführender, übereinstimmender und berufsbezogener Bildungsabschlüsse, die eine Ausbildung und Weiterbildung zum Unterrichtspflege/-schwester sowie zur Pflegedienstleitung an FHS oder Universität vorsehen;
3. Die Stärkung und Verbesserung des Ansehens der Pflegeberufe in der Öffentlichkeit;
4. Der Aus- und Aufbau von kooperativen Strukturen und Team-Arbeit in den Krankenhäusern und damit die Überwindung hierarchischer Strukturen.
5. Pflegeentlastende Investitionsmaßnahmen;
6. Die Vermehrung von Umschulungsmaßnahmen zur Krankenschwester/zum Krankenpfleger, die Wiedereingliederung mit sozialverträglichen Komponenten, die Einführung von attraktiven Teilzeitmodellen; und vor allem
7. Die Schaffung zusätzlicher Stellen durch eine neue Personalbemessung.

Das moderne Krankenhaus ist zu einem Zentrum hochqualifizierter medizinischer und pflegerischer Leistungen in unserem System der gesundheitlichen Sicherung geworden. Die Rahmenbedingungen in der Pflege sind an diese Entwicklung nicht angepaßt worden. In der Vergangenheit hatten möglicherweise die Pflegenden ihr "Gruppenverständnis" nicht vernehmbar genug artikuliert. Das Selbstverständnis hat sich total verändert. Die in der Pflege Tätigen sind aufgewacht und sind sich des Stellenwertes ihrer Arbeit in der Gesellschaft bewußt geworden. Zu lange hatten viele sich in einer dem Arzt untergeordneten und dienenden Rolle gesehen. Viel Zeit ist verstrichen, ohne daß die Pflegeeinhaltszahlen nachhaltig reformiert wurden.

Ich will nicht mit 1989 beginnen, deshalb zur Chronologie nur soviel: Nach der Zwischenphase von 1985 mit einer Übergangsempfehlung der DKG, bei der bereits die Spitzenverbände der gesetzlichen Krankenversicherung ihre Zustimmung versagt hatten, folgte 1989 ein analytisches Konzept zur Personalbedarfsermittlung im Pflegedienst, das am 7. März 1989 in die Verhandlungen gemäß Paragraph 19 Krankenhausgesetz eingebracht wurde. Mit Hilfe dieses Verfahrens sollte es jedem Krankenhaus möglich gemacht werden, seinen individuellen Stellenplan im allgemeinen Pflegedienst aufzustellen.

Nachdem Krankenhäuser und Krankenkassen innerhalb der gesetzlichen Frist sich nicht einigen konnten, besteht seit Juli 1990 die Möglichkeit der Ersatzvornahme durch eine Rechtsverordnung der Bundesregierung. Man hoffte, daß der staatliche "Verordnungsknüppel" der Selbstverwaltung Beine machen würde. Aber man irrte. Im September 1990 hat die Bundesregierung eine beratende Expertengruppe eingesetzt und im April 1991 ist das Grundkonzept der Verordnung mit den Ländern und Verbänden erstmals erörtert worden. Es sieht so aus, daß das Konzept der Deutschen Krankenhausgesellschaft von der Bundesregierung verworfen wurde.

Nach einem Bericht im Gesundheitsausschuß des Deutschen Bundestages soll im Frühjahr 1992 der Entwurf einer Rechtsverordnung mit den Bundesländern beraten werden. Die Verordnung soll spätestens zum 1.1.1993 wirksam werden. In dieser Situation ist vor allem Information und Meinungsbildung gefragt.

Wichtig ist, daß bei der zu findenden Lösung im Mittelpunkt steht, was ein - aber leider nicht das - Gesundheitsreformgesetz verlangt, nämlich den Dreiklang von Qualität, Humanität und Wirtschaftlichkeit.

Mit der Personalbemessung werden grundlegende Bedingungen für die Qualität der Krankenpflege und die Berufszufriedenheit der Pflegenden gesetzt.

Die Frage, welcher Status gibt der Staat der Krankenpflege, wird ganz entscheidend von der Lösung dieser Frage abhängen. Dabei kommt es auf die

- Abbildungsgenauigkeit,
- Transparenz
- Selbst- und Fremdkontrolle
- Praktikabilität
- Auswirkung auf ein ganzheitliches Pflegekonzept an. Dies sind Prüfsteine für eine neue, tragfähige Konzeption der Pflegepersonalbemessung.

Die Bereitschaft dafür in Staat und Gesellschaft, das Ausreichende zu tun, ist vorhanden. Immerhin sprechen sich in der schon zitierten Umfrage 45,2 Prozent für eine höhere Bezahlung bei der Verbesserung der Situation der Pflegekräfte aus und 41,4 Prozent für bessere Arbeitsbedingungen. Und daß sich etwas bewegt, wird daran deutlich, daß ein Drittel aller Bundesbürger auch höhere Krankenkassenbeiträge im Interesse einer besseren Krankenpflege für gerecht hält. Von denjenigen, die das letzte Jahr selber Patient waren, sind das circa rund 40 Prozent.

(-/19.12.1991/vc-he/rs)

\*\*\*\*\*

## **DOKUMENTATION**

### **Horst-Eberhard Richter: Erinnerungsarbeit und Toleranz (Teil II)**

Der Gießener Psychoanalytiker Professor Dr. Dr. Horst-Eberhard Richter hielt im Rahmen des internationalen Symposiums der Erich-Fried-Gesellschaft kürzlich in Wien ein Referat, das der Notwendigkeit von Erinnerungsarbeit und Toleranz gewidmet war. Wir dokumentieren die Ausführungen Richters, denen gerade mit Blick auf den deutschen Einigungsprozeß besondere Bedeutung zukommt, in zwei Teilen.

Angeblich war es den verdrängungsfördernden Politikern immer nur um die Bewahrung der Deutschen vor schädlichen Minderwertigkeitsgefühlen beziehungsweise um die Förderung eines gesunden nationalen Selbstbewußtseins zu tun. Mit ihren Parolen - Schluß mit den Selbstanklagen! Kopf hoch und nur noch Blick nach vorn! sorgten sie indessen bei vielen für die Fixierung genau der Mechanismen, deren Wiederauftauchen uns jetzt erschrecken läßt.

Nunmehr ist von den Kreisen zu reden, welche, die Erinnerungsarbeit vermeidend, sich nur oberflächlich, aber nie innerlich von nationalistischen und rassistischen Ideen gelöst hatten. Diese tragen jetzt in der Tat ein großartiges nationales Selbstbewußtsein zur Schau, das Noelle-Neumann 1986 in ihrem Buch "Die verletzte Nation" noch bekümmert vermißt hatte. Aber was ist das für ein Selbstbewußtsein? Es ist genau jene ressentimenthafte Überkompensation von Minderwertigkeitsideen, welche die Welt das Fürchten vor den Deutschen gelehrt hat. Offenbar wird der für die deutsche Geschichte seit Fichte so typische Mangel an Balance zwischen Kleinheits- und Größenideen, zwischen Gekränktheit und Selbstvergötterung, Jahrzehntelang geduckt nach Hitler und Auschwitz, eingeengt unter der Vormundschaft im Satellitenstatus des Kalten Krieges, melden sich jetzt wieder die verhin- derten Weltmeister. Eben noch opportunistisch unterwürfig, fühlen sie sich durch die Veränderungen in Europa von dem Nazi-Tabu entlastet, als beschere ihnen der Zusammenbruch der östlichen Re- gime doch noch eine Art Endsieg- Genugtuung für die als unverdiente Kränkung registrierte Hitler- katastrofe.

Die Unechtheit dieser neuen Selbstidealisation verrät sich in dem zwanghaften Feindbildbedarf - Bestätigung für die zuvor erläuterte Wechselbeziehung zwischen verdrängter Selbstverklärung und Unversöhnlichkeit beziehungsweise zwischen selbstkritischer Erinnerungsarbeit und Friedfertigkeit. Der reanimierte rechte Nationalismus steht und fällt mit der Möglichkeit, die überkompensierten Selbstzweifel und Kleinheitsängste an dämonisierten Minderheiten abzureagieren. Vor zwei Jahren waren das in Deutschland noch an erster Stelle die sogenannten Aids-Risiko-Gruppen - also Homo- sexuelle, Prostituierte und Fixer, die - wie wir bei einer repräsentativen Untersuchung herausfanden - damals noch deutlich mehr Antipathie erweckten als zum Beispiel Türken, Asylbewerber und Zigeu- ner. Neuerdings nun hat sich die Sündenbock-Projektion konzentriert an diesen beziehungsweise an den Ausländern schlechthin festgemacht, gefördert durch opportunistische Politiker, die sich mehr oder minder kaschiert oder unverblümt jenes Ressentimentpotentials um eigener Machtvorteile willen bedienen. Nur taktische Vorsicht hindert in Deutschland die Werbung rechter Stimmen an der unge- nierten Deutlichkeit, mit der in Österreich Herr Haider unverdrossen nach vorn marschiert.

Allerdings tarnen auch konservative deutsche Politiker immer weniger Sympathiegesten an die Adresse jener 34 Prozent, die rechtsradikaler Ausländerfeindlichkeit Verständnis entgegenbringen. Gerade kürzlich versicherte Innenminister Schäuble im deutschen Fernsehen seine wohlwollende Einfühlung in die Angst vor den Flüchtlingen, als müßten nicht umgekehrt diese um den Schutz ihres Lebens und ihrer Gesundheit vor dem Rechtsradikalismus bangen, der doch momentan die eigentli- che Bedrohung unserer Demokratie darstellt.

Was diesen charakterisiert, ist sehr viel weniger Angst als aggressives Ressentiment, das sich als heiligerechte Entrüstung maskiert. Nichts ist schädlicher, als die idealisierende Verkleidung des Ressentiments ernstzunehmen und noch teilnahmsvoll zu bestätigen. Aber genau dies tat unlängst etwa der Leiter der Verfassungsabteilung des Bonner Innenministeriums in einer weit verbreiteten Rede, die unter anderem von der Frankfurter Rundschau kommentarlos abgedruckt wurde. In dieser beschwört der Ministerialdirektor Schiffer das Gespenst der Überfremdung der deutschen Heimat,

spricht von der Gefahr, die Deutschen könnten ihren Wir-Zusammenhang auflösen und ihre kulturellen Wertvorstellungen aufgeben. So tauen aus der Tiefkühlruhe jahrzehntelanger konservierender Verdrängung wohlbekannte Wendungen wieder auf, die primitives Sündenbock-Denken zu moralischer Standhaftigkeit erklären. Um so mehr ist geboten, den Rechtsradikalismus gerade an dieser Schwachstelle anzugreifen, nämlich ihm die Illusion seiner moralischen Qualifikation zu zerstören und ihm die pure Inhumanität seines Ansatzes vorzuhalten.

Statt der Werte, die sie Gruppen zu schützen vorgeben, versuchen ihre Mitglieder doch nur über nationalistische Symbole ihre defekte Identität abzustützen. Aber auch diese Symbole geben ihnen nur insoweit Halt, als sie die Feindseligkeit gegen die zu Verfolgern erklärten Sündenböcke rechtfertigen sollen. Dann in Wahrheit definiert sich der Rechtsradikalismus doch primär nicht positiv, sondern rein negativ gegen die projizierte Repräsentanz des Bösen. Beherrscht wird er von einer paranoiden Grundeinstellung, lebt von den Verfolgern, die seine Militanz legitimieren müssen. Erst seitdem ihm nach dem Ende des Kalten Krieges der offizielle westliche Antikommunismus keine Deckung mehr gewährt, macht er sich als paranoide Krankheit vollends bemerkbar, nämlich durch seinen prompten Eifer, den Moskauer Weltfeind durch andere Vertreter des Urbösen zu ersetzen. Automatisch ist diese Suche bei den Haßobjekten der verdrängten Vergangenheit gelandet - den Ausländern, insbesondere den Angehörigen fremder Rassen und Kulturen. Noch wagt sich der tabuisierte Antisemitismus nicht recht ans Licht, aber er liegt auf der Lauer.

Daß der Sündenbock-Mechanismus ein verführerisches Rezept zur Abreaktion aller Arten von Enttäuschung und Verbitterung ist, leuchtet ein. Daß die sich seiner bedienenden Gruppen nicht wahrhaben wollen, mehr als die Präsenz ihrer angeprangerten Verfolger deren Entschwinden zu fürchten, ist auch verständlich. Aber als das Volk, das mit dieser Selbsttäuschung ein historisch einzigartiges Unheil angerichtet hat, sollten die Deutschen in ihrer erinnerungsbelehrteten Mehrheit wohl imstande sein, die paranoide Krankheit diesmal in Schach zu halten. Das heißt, nicht etwa nur den gewaltbereiten neonazistischen Horden in den Arm zu fallen, die auf Asylbewerber, Ausländer, Homosexuelle Jagd machen, sondern auch und vor allem jenen Politikern und ihren Propagandisten entgegenzutreten, die indirekt das Verfolgungskonzept bestätigen, indem sie etwa die Flüchtlinge als begehrliche Täter erscheinen lassen, die mit unseren noblen Gesetzen unverschämten Mißbrauch treiben und unseren sozialen Frieden bedrohen.

Natürlich besteht durchaus Grund, speziell das Problem der sich vermehrenden Armutsflüchtlinge aus dem Süden sehr ernstzunehmen. Aber auch hier sollte klargestellt werden, wer dabei ist, Verfolgte zu Verfolgern umzuinterpretieren. Seit vielen Generationen verweigern die Industrienationen des Nordens den armen Südvölkern eine partnerschaftliche wirtschaftliche Kooperation, die deren Interessen und Bedürfnissen gerecht wird. Statt dessen betreiben sie diesen Völkern gegenüber eine rücksichtslose ökonomische Apartheidspolitik, den eigenen Wohlstand durch eine stetig wachsende Armutskluft gegenüber der sogenannten Dritten Welt verteidigend, wo in Wechselwirkung Not und Überbevölkerung eskalieren - mit der anschwellenden Flüchtlingsbewegung als automatischer Konsequenz.

Hier kommt für die wohlhabenden Industriegesellschaften nun in weltweitem Maßstab wiederum das erörterte Thema auf, nämlich die Aufgabe, sich als die ursprünglichen Verfolger derer zu erkennen, deren Flüchtlingsnot ihnen in Zukunft selbst schwer zu schaffen machen wird. Die Chance wäre, das eigene Verschulden anzuerkennen und das Versäumnis aktiv in Form einer radikalen Umkehr zu einer Politik des gerechten Teilens aufzuarbeiten, was freilich für die herrschenden Wirtschaftsmächte hieße, ihr eingewurzelter Prinzip des selbstüchtigen Rivalisierens grundlegend zu revidieren. Aber es wäre die einzige Lösung, um noch gerade rechtzeitig ein Nord-Süd-Feindschaftsverhältnis von unermeßlicher Gefährlichkeit abzuwenden. Es hieße, in jedem Armutsflüchtling, der an unsere Türen klopft, unser eigenes bisheriges Versagen und die Mahnung zu erkennen, daß nur eine echt veröhnliche, das heißt auch entschöhnende Solidarität statt einer paranoiden Abschottungs- und Festungspolitik ein friedliches Zusammenleben zwar nicht garantieren, aber wesentlich fördern kann.

(-/19. Dezember 1991/rs/fr)

\*\*\*\*\*